

KURZ NOTIERT

von Nadine Willner

Nadine Willner
studiert MA
Governance und
ist Mitglied der
SOAI

■ Flüchtlingslager in Kambodscha

Australien ist unzufrieden. Unzufrieden mit Flüchtlingen, die in Australien um Asyl bitten. Im Februar 2014 ließ die australische Regierung verlauten, Flüchtlingslager ins Ausland zu verlagern. Bilaterale Abkommen mit den ehemaligen Kolonien Nauru und Papua Neuguinea sicherten Australien bereits die Aufnahme von Flüchtlingen zu. Im September 2014 unterschrieb nun auch die kambodschanische Regierung ein Abkommen, künftig Flüchtlinge, die in Australien Asyl suchen, nach

Kambodscha umzusiedeln. Dafür verpflichtet sich Australien, in den nächsten vier Jahren 28 Millionen Euro plus Umsiedlungskosten an Kambodscha zu zahlen. Das Geld soll dem südostasiatischen Land als Entwicklungshilfe zukommen. Obwohl Australien die UN-Flüchtlingskonvention von 1951 unterschrieben und sich somit dem Schutz von Flüchtlingen verpflichtet hat, ziehen sie sich mit diesen Abkommen aus der Verantwortung. Beispielsweise Kambodscha, ein wirtschaftlich schwaches Land,

zudem eines mit unzähligen Verstößen gegen Menschenrechte, als Auffanglager zu benutzen sei verantwortungslos, so ein Sprecher von *Human Rights Watch*. Während die kambodschanische Regierung der Umsetzung des Abkommens positiv entgegenblickt, sieht die Opposition diesen Deal kritisch. Problematisch sei vor allem die korrupte Staatsführung Kambodschas: Wo das Geld schlussendlich landet, bleibe offen.

Deutsche Welle 28.8.2014

Euronews 26.9.2014

■ Kambodscha als Asylland?

Aufgrund des menschenrechtlich stark zu kritisierenden Abkommens zwischen Australien und Kambodscha stellt sich die Frage, inwieweit Kambodscha als Land geeignet ist, Flüchtlinge aufzunehmen? Chak Sopheap, Geschäftsführer des *Zentrums für Menschenrechte*, weist auf deutliche Schwachstellen Kambodschas in Bezug auf die Flüchtlingspolitik hin. Obwohl Kambodscha die UN-Flüchtlingskonvention unterzeichnet hat, kam es in der Vergangenheit mehrfach zur Missachtung des Abkommens. So sendete die Regierung im

Jahr 2009 zwanzig Flüchtlinge der muslimisch-ujghurischen Minderheit zurück nach China, obwohl bekannt ist, dass sie dort aus ethnischen wie religiösen Gründen verfolgt werden. Die UN-Konvention von 1951 verbietet allen Unterzeichnerstaaten die Abschiebung von Flüchtlingen in ihr Herkunftsland. Auch die flüchtigen Khmer Krom aus Südvietnam, welche ethnisch der kambodschanischen Bevölkerung angehören, müssen bis heute in Kambodscha um ihre Rechte kämpfen. Zudem kann weder davon ausgegangen wer-

den, dass Kambodscha die Flüchtlinge ohne die finanzielle Unterstützung Australiens auf längere Sicht aufnehmen kann, noch, dass ihnen dauerhaft Schutz gewährt wird. Zudem kam es bereits zu mehreren Anti-Flüchtlings Protesten in Phnom Penh, bei denen auch Fremdenhass zum Ausdruck kam. Internationale verhaltene Kritik kam von dem UNHCR, der vor allem betonte, nichts mit dem bilateralen Abkommen zu tun zu haben.

Phnom Penh Post 1.10.2014

UNHCR 26.9.2014

■ Ende des politischen Stillstands

Knapp ein Jahr lang weigerte sich die kambodschanische Oppositionspartei CNRP, ihre 55 Sitze in der Nationalversammlung zu besetzen. Grund hierfür waren die Vorwürfe der CNRP, die Wahlkommission sei nicht unabhängig gewesen und habe die Wahlen 2013 manipuliert. Seither wird in landesweiten Protesten die Reformierung der nationalen Wahlkommission gefordert. Überraschend einigten sich nun Oppositionsführer Sam Rainsy und Regierungschef Hun Sen

im Juli 2014 in einem privaten Gespräch, die Wahlkommission neu zu besetzen und Neuwahlen anzuordnen. Bislang waren die Mitglieder der Kommission von der Regierung (CPP) ernannt worden, die demzufolge allesamt Hun Sen nahestanden. Nun sollen jeweils vier Ausschussmitglieder von den Parteien bestimmt werden und ein weiteres im Konsens beider berufen werden soll. Zum anderen wurde eine Umverteilung in den Parlamentsausschüssen ausgehandelt, die der Oppo-

sition nun fünf Ausschussvorsitze garantiert, außerdem die Einrichtung eines Anti-Korruptionsausschusses. Kritiker befürchten allerdings, dass die Vereinbarungen von der CPP nicht eingehalten werden. Offen bleibt nun, wie sich die CNRP als Oppositionspartei etablieren wird. Und, wie sie die politischen Prozesse nutzen kann, um sich einen festen Platz in der kambodschanischen Politik zu sichern.

Konrad Adenauer Stiftung 12.8.2014